

Warum Geschlechterrepräsentation eine Sicherheitsfrage ist: Die Wirksamkeit der OSZE hängt von mehr als Geopolitik ab

Klaudia Koxha
15th July 2026



Je stärker sicherheitspolitische Debatten von Krieg, Abschreckung und geopolitischer Konkurrenz geprägt werden, desto häufiger gerät die Geschlechterrepräsentation in den Hintergrund. Dabei ist gerade sie ein entscheidender Faktor für die Legitimität, Resilienz und Wirksamkeit internationaler Sicherheitsinstitutionen. Am Beispiel der OSZE zeigt dieser Beitrag, warum inklusive Repräsentation eine Frage der Sicherheit ist.

In der heutigen Sicherheitslage, die von zunehmendem geopolitischem Wettbewerb, ungleichen Verteidigungsfähigkeiten in Europa und wachsenden Risiken politischer und wirtschaftlicher Instabilität geprägt ist, erscheint es verlockend, die Gleichstellung der Geschlechter als Luxusthema zu betrachten, während Sicherheit zur eigentlichen Priorität erklärt wird. Diese Sichtweise ist analytisch unzureichend und politisch kostspielig.

Gerade wenn Institutionen unter Druck geraten, werden Legitimität, Vertrauen und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu zentralen Sicherheitsressourcen und nicht zu nachrangigen Anliegen. Je mehr sich die Sicherheitsagenda auf Fragen der harten Sicherheit konzentriert, desto höher sind die Kosten von

Governance-Strukturen, denen es nicht gelingt, eine breite gesellschaftliche Repräsentation sicherzustellen. Geschlechtergerechtigkeit ist Teil dieser Gleichung.

Der Schweizer Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2026 legt einen besonderen Schwerpunkt auf Dialog, Vertrauen, demokratische Resilienz und die Handlungsfähigkeit der Organisation in einem von geopolitischen Spannungen geprägten Umfeld. Diese Prioritäten verweisen auf eine zentrale Herausforderung multilateraler Institutionen: Glaubwürdigkeit unter Druck.

Wenn die OSZE auch in Krisenzeiten als Plattform für Dialog funktionieren soll, dann wird ihre interne Legitimität zu einer Voraussetzung ihrer externen Wirksamkeit.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV) bildet als Bindeglied zwischen internationalen Verpflichtungen und nationaler parlamentarischer Praxis einen aufschlussreichen Prüfstein. Anhaltende Ungleichgewichte in der Geschlechterrepräsentation sind nicht lediglich eine Frage der Gleichstellung. Sie beeinflussen, welche Risiken Institutionen frühzeitig wahrnehmen, wessen Anliegen als glaubwürdige Evidenz gelten und welche Prioritäten schliesslich in politische Entscheidungen einfließen.

Wenn umfassende Sicherheit ernst genommen wird, kann Repräsentation nicht auf ein symbolisches Bekenntnis reduziert werden. Geschlechtergerechtigkeit steht daher nicht in Konkurrenz zu Sicherheitsprioritäten. Sie ist vielmehr eine der Voraussetzungen dafür, dass Sicherheitsinstitutionen glaubwürdig und wirksam bleiben.

Inklusion verbessert die Stabilität

Nachhaltige Sicherheit hängt nicht allein von Vereinbarungen politischer Eliten ab, sondern ebenso von der Bereitschaft und Fähigkeit, den Kreis legitimer Stimmen zu erweitern. Dazu gehören Frauen, die häufig Sicherheitsrisiken des Alltags sichtbar machen, welche in klassischen Verhandlungen über harte Sicherheit kaum berücksichtigt werden.

Nordirland liefert hierfür ein anschauliches Beispiel. Die Aktivistinnen der [Northern Ireland Women's Coalition](#) organisierten sich, um Zugang zu den offiziellen Friedensverhandlungen zu erhalten, und trugen dazu bei, die [Agenda des Karfreitagsabkommens](#) um Themen wie Opferrechte, gesellschaftliche Versöhnung, integrierte Bildung und soziale Inklusion zu erweitern. Diese Elemente machten den Frieden langfristig gesellschaftlich tragfähiger. Die Beteiligung von Frauen ersetzte die Verhandlungen der politischen Eliten nicht, half jedoch dabei, blinde Flecken zu schliessen, die für die langfristige Stabilität entscheidend sind. [Empirische Studien](#) zeigen, dass Friedensabkommen mit substanzieller Beteiligung von Frauen häufiger Bestand haben und erfolgreicher umgesetzt werden.

Das bedeutet nicht, dass Frauen per se friedlicher handeln. Vielmehr zeigt es, dass inklusive Strukturen den Umfang politischer Vereinbarungen erweitern, sodass auch Governance-Defizite und gesellschaftliche Konfliktlinien berücksichtigt werden, die andernfalls unter der Oberfläche

fortbestehen würden. Inklusion wirkt damit als Mechanismus politischen Risikomanagements. Vereinbarungen, die ein breiteres Spektrum sicherheitsrelevanter Anliegen einbeziehen, sind weniger anfällig dafür zu scheitern, wenn politische Spannungen erneut zunehmen oder extremistische beziehungsweise konkurrierende Akteure versuchen, ungelöste Konflikte zu reaktivieren und politisch zu instrumentalisieren.

Auch die Erfahrungen aus den Nachkriegsgesellschaften Südosteuropas zeigen, wie Inklusion als Infrastruktur des Vertrauensaufbaus wirken kann. [Frühere Nachkriegsinstitutionen](#), die von engen politischen Eliten dominiert wurden, vernachlässigten häufig Fragen der alltäglichen Sicherheit wie politische Einschüchterung, Korruption, Medienvereinnahmung oder gesellschaftliche Ausgrenzung – insbesondere dort, wo die Beteiligung von Frauen weitgehend symbolisch blieb. Solche Defizite untergraben das Vertrauen der Bevölkerung und eröffnen antidemokratischen Akteuren die Möglichkeit, gesellschaftliche Unzufriedenheit auszunutzen und den politischen Konsens zu erodieren.

Von der OSZE unterstützte Inklusionsinitiativen im Zusammenhang mit dem Belgrad-Pristina-Dialog zeigen, wie Repräsentation die gesellschaftliche Resilienz stärkt, selbst wenn formelle Verhandlungen ins Stocken geraten. Programme wie die [Dialogue Academy for Young Women](#) der OSZE-Missionen im Kosovo und in Serbien fördern gesellschaftsübergreifende Netzwerke, die Risiken auf lokaler Ebene sichtbar machen, Kommunikationskanäle offenhalten und vertrauensbildende Mechanismen aufrechterhalten – gerade dann, wenn sich der politische Dialog verhärtet.

Repräsentation als institutionelles Risikomanagement

Auch internationale Standards stützen diese Logik. Die Allgemeine [Empfehlung Nr. 40 des CEDAW-Ausschusses](#) versteht gleiche und inklusive Repräsentation als Massstab demokratischer Regierungsführung und betont Parität nicht nur beim Zugang zu politischen Ämtern, sondern auch hinsichtlich tatsächlichen Einflusses. In einem sich verschlechternden Sicherheitsumfeld schaffen schwindendes Vertrauen, sinkende politische Beteiligung und zunehmende Polarisierung neue Spielräume für antidemokratische Akteure, gesellschaftliche Konflikte auszunutzen. Gerade in volatilen politischen Situationen steigen die Kosten schwacher Repräsentationsstrukturen erheblich.

Vergleichende und praxisorientierte Forschung zu Parteien, Geschlechtergerechtigkeit und institutionellem Design zeigt, dass politische Repräsentation durch formelle Regeln, Anreizstrukturen und informelle Normen geprägt wird, welche Rekrutierung, Ressourcenverteilung und Führungspositionen bestimmen. Zahlen allein garantieren noch keinen tatsächlichen Einfluss.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE als Prüfstein – und was Institutionen tatsächlich tun können

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE ist in einer besonderen Position, internationale Standards mit der parlamentarischen Praxis der Mitgliedstaaten zu verbinden. Dennoch beeinträchtigen anhaltende Geschlechterungleichgewichte innerhalb nationaler Delegationen und Führungsstrukturen ihre Glaubwürdigkeit und begrenzen ihre Fähigkeit, politische Risiken frühzeitig zu erkennen sowie

die Debatte über Sicherheitsfragen in den Teilnehmerstaaten mitzugestalten.

Zwar entscheidet die Parlamentarische Versammlung nicht darüber, wen die nationalen Parlamente entsenden. Das bedeutet jedoch nicht, dass ihr Einfluss gering wäre.

Der Schweizer Vorsitz hebt die Bedeutung demokratischer Institutionen, der Menschenrechte und der operativen Handlungsfähigkeit der OSZE hervor. Die Arbeit des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) bietet hierfür konkrete Instrumente, etwa mit der *Gender Parity Roadmap*. Sie verbindet formelle Verpflichtungen mit Rechenschaftsmechanismen, geschlechtersensiblen Verfahren, der Einbindung männlicher Führungskräfte sowie Monitoringinstrumenten innerhalb politischer Parteien und parlamentarischer Strukturen. Institutioneller Wandel ist damit nicht nur eine normative, sondern ebenso eine prozedurale Aufgabe.

Instrumente allein verändern jedoch kein Verhalten. Anreize tun dies.

Erstens kann Repräsentation mit dem Zugang zu Einfluss verknüpft werden. Auch ohne die Zusammensetzung nationaler Delegationen kontrollieren zu können, entscheidet die Parlamentarische Versammlung über Sichtbarkeit, Führungspositionen, Redemöglichkeiten und institutionelles Prestige. Werden Geschlechterparität und ausgewogene Repräsentation mit Berichterstattungsfunktionen, Sondermissionen oder Führungsaufgaben verbunden, verändern sich Anreize durch institutionelle Signalwirkung statt durch Zwang.

Zweitens fungieren Parteienfamilien als Transmissionsriemen politischer Erwartungen. Forschung zu Parteienanreizen und transnationalen Netzwerken zeigt, wie sich Normen über politische Verflechtungen verbreiten. Die Kampagne zum Schutz des Flusses Vjosa in Albanien verdeutlicht, dass politische Veränderungen häufig nicht allein auf formale Konditionalität zurückzuführen sind, sondern ebenso auf Prozesse transnationaler politischer Sozialisation. Das Politikfeld ist ein anderes, die Logik der Normdiffusion bleibt jedoch übertragbar.

Drittens lässt sich Repräsentation nicht stärken, ohne strukturelle Hindernisse abzubauen. Feldforschung identifiziert anhaltende Barrieren wie ungleichen Zugang zu Wahlkampffinanzierung, verzerrte Medienberichterstattung, Belästigung, technologiegestützte Gewalt sowie tief verwurzelte gesellschaftliche Normen – insbesondere ausserhalb der Hauptstadtregionen. Die entscheidende Frage lautet daher nicht allein, wie sich die Zahl von Frauen erhöhen lässt, sondern unter welchen Bedingungen politische Repräsentation tatsächlich substantiell wird.

Schliesslich erweist sich in politischen Kontexten, in denen Geschlechtergerechtigkeit umstritten ist, eine Strategie des 'Naming and Shaming' häufig als wenig wirksam. Statusanreize, die Anerkennung schrittweiser Fortschritte und die Einbettung von Reformen als Modernisierung institutioneller Strukturen können politische Kosten senken und Veränderungen innenpolitisch anschlussfähig machen.

Die Kluft zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation bleibt ein wiederkehrendes Thema in den Diskussionen der OSZE und des ODIHR – insbesondere in politischen Systemen, die durch Patronage und Loyalität gegenüber politischen Führungspersonen geprägt sind. Werden Frauen dafür kritisiert, aufgrund persönlicher Loyalität ausgewählt worden zu sein, wird dieselbe Kritik gegenüber Männern deutlich seltener geäußert. Das eigentliche Problem besteht daher nicht darin, an Frauen strengere Massstäbe anzulegen, sondern darin, niedrigere Erwartungen zu vermeiden, die politische Repräsentation mit blosser Konformität gleichsetzen. Parität sollte die Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählerinnen und Wählern stärken und nicht die Abhängigkeit von politischen Gatekeepern verfestigen.

Institutionelle Resilienz braucht Repräsentation

Geschlechtergerechtigkeit steht nicht im Widerspruch zu Sicherheitsprioritäten. Institutionen, die inklusive Repräsentation systematisch verankern, sind besser in der Lage, Frühwarnsignale zu erkennen, ihre Legitimität auch unter Belastung aufrechtzuerhalten und politische Schocks zu bewältigen. Genau diese Fähigkeiten bilden den Kern resilienter Sicherheitsgovernance.

Die strategische Frage lautet daher nicht, ob Sicherheitsinstitutionen es sich leisten können, Geschlechtergerechtigkeit zu priorisieren. Sie lautet vielmehr, ob sie sich die Governance-Risiken leisten können, die aus Ausgrenzung entstehen – insbesondere in Zeiten zunehmenden geopolitischen Drucks.

Referenzen:

- General recommendation No. 40 on the equal and inclusive representation of women in decision-making systems (2024) *Committee on the Elimination of Discrimination against Women (CEDAW)*. Published 25 October 2024. Available at: <https://www.ohchr.org/en/documents/general-comments-and-recommendations/general-recommendation-no-40-equal-and-inclusive> (Accessed: 14 July 2026).
- Georgetown Institute for Women, Peace and Security (2024) *The powerful legacy of women's leadership in Northern Ireland and the Republic of Ireland*. 9 May. Available at: <https://giwps.georgetown.edu/2024/05/09/the-powerful-legacy-of-womens-leadership-in-northern-ireland-and-the-republic-of-ireland/> (Accessed: 14 July 2026).
- Gola, G. (2023) *Global State of Democracy 2023 Report: Case Study – Western Balkans*. International IDEA. Available at: <https://cdn.sanity.io/files/2e5hi812/production/85c935141852ec63f9d232a8615b35abe575e5f1.pdf> (Accessed: 14 July 2026).
- Krause, J., Krause, W. and Bränfors, P. (2018) 'Women's participation in peace negotiations and the durability of peace', *Cooperation and*

Conflict, 53(4), pp. 985–1016. Available at:

<https://doi.org/10.1080/03050629.2018.1492386>.

- O'Rourke, C. (2023) 'Northern Ireland Women's Coalition', *Encyclopaedia Britannica*. 20 March. Available at:
<https://www.britannica.com/topic/Northern-Ireland-Womens-Coalition> (Accessed: 14 July 2026).
- OSCE Mission in Kosovo (2024) *OSCE concludes 10th jubilee edition of Dialogue Academy for Young Women*. 21 October. Available at:
<https://omik.osce.org/mission-in-kosovo/579010> (Accessed: 14 July 2026).

Bild: [OSCE](#)